

Protokoll der Pressekonferenz der Deutschen Bundesbank am 24. März 2004 - nach Bandaufnahme -

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Zu unserer Pressekonferenz darf ich Sie herzlich begrüßen. Zunächst möchte ich auf zwei Themen eingehen:

- Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
- Konjunktur- und Geldpolitik

Im Anschluss stehen meine Vorstandskollegen und ich für die Beantwortung weiterer Fragen zur Verfügung.

A. Bilanz und GuV-Rechnung

I. Jahresabschluss 2003

Der Vorstand hat heute nach Kenntnisnahme vom uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer Ernst & Young sowie PwC Deutsche Revision die Veröffentlichung des Jahresabschlusses der Bundesbank für das Jahr 2003 und die Gewinnausschüttung an den Bund beschlossen.

Der Gewinn beträgt 248 Mio € gegenüber 5 437 Mio € im Vorjahr.

Der Gewinn wird in voller Höhe an den Bund abgeführt, da die gesetzliche Rücklage zum Jahresende ihrem Höchststand von 2,5 Mrd € entspricht. Die Gutschrift auf dem Konto des Bundes erfolgte bereits heute.

Der Gewinn wird vollständig zur Finanzierung des Bundeshaushalts verwendet. Seit 1989 sehen die Haushaltsregelungen vor, dass vom Bundesbankgewinn 3,5 Mrd € (vor Euro-Umstellung 7 Mrd DM) der Finanzierung des Bundeshaushaltes dienen und darüber hinausgehende Beträge zur Schuldentilgung zu verwenden sind (seit 1. Januar 1995 zweckgebundene Tilgung des Erblastentilgungsfonds). Der Gewinn für das Geschäftsjahr

2003 liegt erstmalig seit 1989 unter 3,5 Mrd €, und damit trägt der Gewinn der Deutschen Bundesbank auch nichts zur Tilgung des Erblastentilgungsfonds bei.

II. Jahresgewinn

Der Jahresgewinn von 248 Mio € hat sich im Vergleich zum Vorjahr (5,4 Mrd €) deutlich um 5,2 Mrd € verringert. Maßgeblich für den erheblichen Gewinnrückgang sind insbesondere die folgenden vier Punkte:

1. Der Nettozinsertrag hat um 0,9 Mrd € auf 3,3 Mrd € abgenommen.

- Die wichtigste Quelle für den Bundesbankgewinn sind die Zinserträge, die gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mrd € auf 4,9 Mrd € gesunken sind.

Die Zinserträge in Fremdwährung haben sich um 0,8 Mrd € auf 1,2 Mrd € verringert. Als Ursache ist neben dem schwächeren US-Dollar und dem gesunkenen Anlagevolumen vor allem das im Jahresdurchschnitt niedrigere Zinsniveau bei den US-Dollar-Anlagen zu nennen.

Die Zinserträge in Euro nahmen um 0,3 Mrd € auf 3,7 Mrd € ab. Insbesondere sind die Erträge aus der Refinanzierung der Kreditinstitute (3,2 Mrd €) trotz des stark gestiegenen Volumens der Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 0,2 Mrd € zurückgegangen.

- Auf der anderen Seite entstehen der Bundesbank Zinsaufwendungen, die gegenüber dem Vorjahr nur leicht um 0,3 Mrd € auf 1,6 Mrd € zurückgegangen sind.

2. Ein weiterer wichtiger Ertragsfaktor ist das Ergebnis aus Gold-, Fremdwährungs- und Wertpapiergeschäften, das gegenüber 2002 um 1,5 Mrd € auf 0,5 Mrd € zurückgegangen ist. Das Ergebnis beruht im Wesentlichen auf realisierten Gewinnen aus Bestandsabgängen von US-Dollar-Wertpapieren. Aus Bestandsabgängen von Gold zur Ausprägung von Goldmünzen hat sich ein Gewinn von 48 Mio € ergeben.

3. Insbesondere auf Grund der US-Dollar-Schwäche zum Jahresende haben sich für das Berichtsjahr hohe Abschreibungen ergeben. Die ausgewiesenen Bewertungsverluste von

2,3 Mrd € sind hauptsächlich bei US-Dollar von per Saldo 1,7 Mrd € und SZR von 0,6 Mrd € angefallen. Die Abschreibungen in der US-Dollar-Position von 3,8 Mrd € konnten teilweise kompensiert werden: Der für US-Dollar am Jahresende noch bestehende Neubewertungsposten in Höhe von 2,1 Mrd € wurde vollständig aufgelöst, so dass sich für die Abschreibungen in der US-Dollar-Position nur noch ein erfolgswirksamer Nettoaufwand von 1,7 Mrd € ergeben hat. Am 31.12. 2003, dem Bilanzstichtag, stand der Dollar bei 1,26 US-\$ (= 1 €), heute bei 1,22 US-\$ (= 1 €). Hätte er auch am 31.12. 2003 bei 1,22 US-\$ gestanden, wäre unser Gewinn um rund 1 Mrd € höher.

4. Die Erträge aus Beteiligungen verringerten sich um 0,4 Mrd € auf 0,2 Mrd €. Dies ist fast ausschließlich auf die geringeren Gewinnausschüttungen der EZB zurückzuführen.

III. Bewertungsgewinne

Hinsichtlich der Bewertung verweise ich darauf, dass jene Bilanzpositionen, die Marktpreisschwankungen unterliegen, seit 1999 zu Marktpreisen bewertet werden. Die dabei anfallenden Bewertungsgewinne sind nicht erfolgswirksam, sondern werden in der Bilanz in einem passivischen „Ausgleichsposten aus Neubewertung“ ausgewiesen (zum Jahresende: 29,1 Mrd €). Dabei entfallen 28,4 Mrd € auf Gold und 0,7 Mrd € auf Wertpapiere. Ausgleichsposten für US-Dollar bestehen jetzt nicht mehr, da sie zur Abdeckung der Bewertungsverluste vollständig aufgelöst wurden.

Weitere Einzelheiten entnehmen Sie bitte den Unterlagen zum Jahresabschluss.

B. Zur Wirtschaftslage

Das vergangene Jahr war für die deutsche Wirtschaft ein schwieriges Jahr, aber zugleich auch ein Jahr wichtiger positiver Veränderungen.

Anfang 2003 litt Deutschland noch unter einer hartnäckigen Wachstums- und Vertrauenskrise. Die Unsicherheit über die Auswirkungen des Irak-Krieges auf die weltwirtschaftliche Entwicklung stellte einen gravierenden Belastungsfaktor dar. Hinzu kam

ein problembeladenes Umfeld im Inland, insbesondere verstärkte Arbeitsplatzverluste und die zunehmend angespannte Lage der öffentlichen Finanzen.

In der zweiten Jahreshälfte konnte sich die deutsche Wirtschaft jedoch von der seit drei Jahren andauernden stagnativen Grundtendenz lösen. Ausschlaggebend dafür waren - wie so oft in der Vergangenheit - positive Impulse von außen.

Deutschland befindet sich derzeit in einer moderaten Erholungsphase, die allerdings noch nicht breit fundiert ist. Die Belebung wird hauptsächlich von einer recht dynamischen Auslandsnachfrage getragen, insbesondere aus dem nicht Dollar-denominierten Raum, während die inländische Endnachfrage bisher noch nicht in Schwung gekommen ist. Dies gilt vor allem für die Konsumnachfrage der privaten Haushalte, die nicht zuletzt durch die schwierige Arbeitsmarktlage gedämpft wird.

Die verbesserten nationalen und internationalen Rahmenbedingungen sprechen jedoch dafür, dass sich der Erholungsprozess in Deutschland fortsetzen wird. Allerdings mit einem verhaltenen Tempo, insbesondere wenn man den Effekt des arbeitgeberfreundlichen Kalenderjahres herausrechnet.

Konjunkturstützend wirkt das kaufkraftschonende Preisklima in Deutschland. Auch die Kostenentwicklung verläuft moderat und hat die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft innerhalb des Euro-Raums gestärkt. Es macht sich hier positiv bemerkbar, dass wir in Deutschland die niedrigsten Inflationsraten im Euro-Raum haben. Außerdem sind die Umstrukturierungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Produktionsunternehmen und der Banken recht weit vorangekommen.

Die Geldpolitik steht einer inflationsfreien, höheren Wachstumsrate nicht im Wege. Der „monetäre Mantel“ ist schon seit längerem großzügig geschneidert und die Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt sind relativ niedrig. Die kurz- und langfristigen Realzinsen in Deutschland liegen deutlich unterhalb ihres Niveaus in vergleichbaren Konjunkturphasen.

Die gleichwohl geringe Buchkreditvergabe deutscher Banken an inländische Kunden im Jahr 2003 lag vor allem an einer konjunkturbedingt verhaltenen Kreditnachfrage.

Nicht zuletzt sind eine ganze Reihe von Reformgesetzen auf den Weg gebracht worden, die die Wachstumsbedingungen in Deutschland verbessern. Viele der Vorhaben der Agenda 2010 decken sich mit den Forderungen aus unserer Denkschrift „Wege aus der Krise“, die wir im letzten Jahr vorgelegt haben, bevor der Bundeskanzler seine Rede gehalten hat. Es ist also nicht so, dass sich unsere Vorschläge „Wege aus der Krise“ mit der Agenda 2010 decken, sondern umgekehrt.

Auf dem Arbeitsmarkt wurden die Neueinstellungen erleichtert und die Anreize für eine Arbeitsaufnahme vor allem im Niedriglohnsektor gestärkt.

In der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung wurden Maßnahmen zur kurzfristigen Stabilisierung der Beitragssätze ergriffen. Außerdem wurde der Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen in Angriff genommen.

Wie wir in unserem Geschäftsbericht im Einzelnen ausführen, darf der Reformprozess aber jetzt nicht stecken bleiben, auch damit wir die großen Herausforderungen der Zukunft besser meistern können.

Zum einen sind die langfristigen Probleme, die sich vor allem aus der demographischen Entwicklung ergeben, nicht gelöst.

Zum anderen verschärft auch die fortschreitende europäische Integration den strukturellen Reformbedarf. Am 1. Mai werden zehn Länder der EU beitreten. Das ist die größte Erweiterung der Europäischen Union, die es bisher gegeben hat: von der Zahl der Länder, von der Zahl der Einwohner, von der Fläche her. Sie ist zudem ohne historische Parallelen, weil dazu auch acht Transformationsländer gehören, die innerhalb der letzten zehn Jahre ihren Weg aus der kommunistischen Zwangswirtschaft gegangen sind.

Deutschland wird wegen seiner unmittelbaren Nachbarschaft mehr noch als andere EU-Länder von der Erweiterung betroffen sein. Das rasche Wachstum vor allem in Mittel- und Osteuropa bietet der deutschen Wirtschaft vielfältige Investitionsmöglichkeiten sowie die Chance auf eine Ausweitung der Handelsbeziehungen. Zugleich wird sich aber der Anpassungsdruck in verschiedenen Bereichen verschärfen:

Die Standort- und Steuerkonkurrenz wird sicherlich zunehmen; Arbeitsuchende aus den östlichen Nachbarländern werden nach der Übergangsphase dann auch nach Deutschland kommen.

Im Arbeitsmarktbereich hat es bereits weitgehende Flexibilisierungsmaßnahmen gegeben. Ob sie aber ausreichend sein werden, muss sich erst zeigen.

Das deutsche Steuersystem ist nach wie vor reformbedürftig, wobei es vor allem auf eine Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage und eine weitere Absenkung der tariflichen Belastung ankommt. Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage dürfen Reformen aber nicht zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung der Gebietskörperschaften führen. Für allgemeine Steuersenkungen ist deshalb vermutlich kein Raum mehr. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist die Steuerquote im internationalen wie im historischen Vergleich durchaus niedrig.

Im Hinblick auf die öffentlichen Haushalte geht es vor allem um die Sicherung der finanzpolitischen Glaubwürdigkeit durch Fortschritte bei der Konsolidierung. Das hat uns auch als Mahner und Wächter im abgelaufenen Jahr sehr gefordert.

Im vergangenen Jahr ging die Defizitquote mit 3,9 % weit über das Maastricht-Limit hinaus. Das Maastricht-Kriterium heißt ja nicht 3% Defizit, vielmehr wird über den Konjunkturverlauf ein ausgeglichener Haushalt oder Überschuss verlangt. Manchmal hat man den Eindruck, als seien die 3% Defizit die Zielmarke für die öffentlichen Haushalte.

Für das kommende Jahr erwartet die Regierung zwar eine Defizitquote von 2 ½ % und damit die Einhaltung des Defizit-Limits. Voraussetzung ist allerdings, dass die mit den beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen erhofften finanziellen Entlastungen voll eintreten.

Sollte sich eine Verfehlung des Defizitziels im kommenden Jahr abzeichnen, müssten unbedingt rechtzeitig zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Ein großes Problem stellen die wachsenden Beiträge zur Sozialversicherung und die daraus resultierenden Folgen für die Lohnkosten dar. Hier gilt es, den Beitragssatzanstieg zu begrenzen und die Beiträge möglichst vom Arbeitsverhältnis abzukoppeln.

Ein wichtiger Schritt hierzu ist in der gesetzlichen Rentenversicherung mit dem gerade verabschiedeten „Nachhaltigkeitsgesetz“ getan worden. Im Gesundheitsbereich liegt ein zielführender Vorschlag auf dem Tisch, der für alle Versicherten einheitliche Gesundheitsprämien mit einem ergänzenden steuerfinanzierten Solidarausgleich vorsieht.

Mit großer Sorge erfüllen mich Entwicklungen in der EU, die künftig eine stabilitätsorientierte Geldpolitik sehr erschweren könnten. Sie betreffen zum einen die vorgesehenen Änderungen der europäischen Währungsverfassung, zum anderen die Handhabung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Das Vorhaben, eine Verfassung für Europa zu schaffen, ist außerordentlich positiv zu bewerten.

Die im Vertrag von Maastricht verankerte junge europäische Währungsverfassung hat sich bewährt. Die in diesen Regeln enthaltene Stabilitätsverpflichtung muss auch in Zukunft Richtschnur für die Wirtschafts- und Währungsordnung in Europa bleiben. Und deshalb sind die Vorschläge, dass im Zielkatalog der Europäischen Union nicht wie bisher inflationsfreies Wachstum, sondern nur ausgewogenes Wachstum stehen, sehr kritisch zu sehen. Den Notenbanken wird nicht mehr die gleiche politische Unabhängigkeit garantiert, da in der Verfassung die EZB nicht mehr wie bisher als Institution „sui generis“ gesehen wird. Das mag einzeln betrachtet vielleicht nicht besorgniserregend sein, aber im Gesamtzusammenhang liegt dem doch eine geänderte Philosophie gegenüber dem Maastricht-Vertrag zugrunde.

Diese Änderungen gehen in die falsche Richtung. Man kann der Regierung nicht vorwerfen, dass sie versucht, den Verfassungsentwurf ungeöffnet passieren zu lassen. Aber wenn er geöffnet wird, dann müssen diese Punkte aus unserer Sicht auf jeden Fall korrigiert werden.

Zweites „Sorgenkind“ ist der Umgang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Es gilt jetzt, durch eine glaubwürdige Konsolidierungsstrategie den entstandenen Schaden zu begrenzen. Denn nur so wird es gelingen, auf Dauer Preisstabilität bei niedrigen Zinsen zu

gewährleisten. Zusammen mit weiteren Fortschritten in der anstehenden Reformagenda ist dies der verlässlichste Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung.

Frage:

Wann war der Bundesbankgewinn niedriger gewesen als im Geschäftsjahr 2003?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

In den 70er Jahren, als es vergleichbare Schwankungen im Außenwert gegeben hat, gab es keine Gewinnabführung an den Bund. In diesen Jahren hat es Verluste gegeben. Unter den Jahren mit Gewinnausschüttung war der Gewinn im Jahr 1987 mit 240 Mio DM nur halb so groß wie in diesem Jahr.

Frage:

Eine Frage zum Thema Gold: Nach den ablehnenden Reaktionen der Parlamentarier zur Stiftungsidee hört man von der Bundesbank, man müsse noch einmal über die Goldverkäufe nachdenken. Wie sieht denn nun die Position der Bundesbank aus?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Der Vorstand der Bundesbank hat am 29. Januar 2004 zum Gold einen Beschluss gefasst. Das war nötig, weil das Notenbankabkommen zu Goldverkäufen im September dieses Jahres ausläuft und eine Erneuerung des Goldabkommens anstand. Daher musste sich die Deutsche Bundesbank positionieren. In der Neufassung des Goldabkommens ist eine Option vorgesehen, wonach wir innerhalb von fünf Jahren ungefähr 600 Tonnen Gold veräußern können.

Der Kernpunkt unseres Beschlusses lautet: „Bei dem von der Deutschen Bundesbank verwalteten Gold handelt es sich um ein Vermögen, das im Wege von außenwirtschaftlichen Überschüssen über einen längeren Zeitraum erarbeitet wurde. Es ist daher konsequent, wenn über dieses Vermögen in einer Art disponiert wird, die seinen Substanzerhalt gewährleistet und damit sicherstellt, dass auch künftige Generationen einen Nutzen daraus ziehen können. Deshalb ist es sachgerecht, dass bei der Realisierung von Goldverkäufen ein Vermögenserhalt sichergestellt ist.“ Das ist der Kern unseres Beschlusses. Alles, was darüber hinaus geht, ob eine Stiftung gegründet werden soll und zu welchem Zweck, ist Sache der Politik. Ich möchte das hier noch einmal eindeutig klarstellen.

Es wird uns in vielen Kommentaren immer wieder unterstellt, wir maßten uns Zuständigkeiten des deutschen Gesetzgebers an. Das ist nicht der Fall. Unsere Zuständigkeit ist das Verwalten dieser Goldreserven und darüber zu entscheiden, ob, wieviel und wann Gold verkauft wird. Wir wollen keine Entscheidung darüber treffen, ob die dann aufgelösten stillen Reserven für Bildung oder Innovation oder Straßenbau oder sonstige Zwecke ausgegeben werden. Das ist nicht unsere Kompetenz und nicht unsere Aufgabe. Dass jeder von uns darüber eine eigene Meinung haben kann, ist davon unabhängig.

Zweitens möchte ich auf etwas aufmerksam machen, was wir an der aktuellen Gewinn- und Verlustrechnung sehen können: Hätten wir im vergangenen Jahr etwa 100 Tonnen Gold verkauft, dann wären die stillen Reserven über die Gewinn- und Verlustrechnung unserem Gewinn, den wir heute an den Bundesfinanzminister abgeführt haben, zuzurechnen gewesen und damit zur Finanzierung des Haushalts verwendet worden. Deshalb ist es sinnvoll, mit der Politik weitere Gespräche darüber zu führen, wie unser Zielsetzung eines Vermögenserhalts erfüllt werden kann. Aber im Augenblick sind wir noch längst nicht in dem Stadium einer Realisierung von stillen Reserven aus Goldverkäufen. Nach meiner Schätzung käme es allerfrühestens im nächsten Jahr, möglicherweise auch erst im übernächsten Jahr dazu. Deshalb haben wir auch noch genügend Zeit zu diskutieren.

Frage:

Könnten Goldverkäufe nicht schon früher stattfinden?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Nein. Das Goldabkommen der Notenbanken schließt Goldverkäufe durch die Deutsche Bundesbank bis zum September dieses Jahres aus. Wir verkaufen jetzt kein Gold. Wir haben lediglich einen kleinen Teil zur Herstellung von Goldmünzen verkauft.

Frage:

Behalten Sie sich vor, das Gold doch nicht zu verkaufen, wenn der Vermögenserhalt nicht sichergestellt ist, weil die Politik z.B. beschließt, die Erlöse zur Finanzierung des Haushalts zu verwenden?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wir haben bisher nur entschieden, dass wir uns im Rahmen des Goldabkommens eine Option zu Goldverkäufen einräumen lassen wollen. Mehr haben wir noch nicht entschieden.

Frage:

Wie hoch schätzen Sie – angesichts der niedrigen Inflationsrate - die Gefahr ein, dass wir die alte Debatte zur Deflationsgefahr wieder bekommen?

Prof. Dr. Hermann Remsperger, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank:

Die Inflationsrate in Deutschland ist sehr niedrig. Ich bin der Auffassung, dass die Perspektiven für die Preisentwicklung in Deutschland auch günstig bleiben werden; d.h. wir können weiterhin mit einer niedrigen Inflationsrate in Deutschland rechnen.

Wenn man überlegt, woher diese sehr erfreuliche Entwicklung der Inflationsrate resultiert, ist auch auf die moderate Konjunkturbewegung hinzuweisen. Es ist hinzuzufügen, dass der Konsum und nicht zuletzt der Einzelhandel Komponenten sind, von denen wir erwarten, dass sie nur verhalten wachsen. Darüber hinaus wäre die Inflationsrate noch niedriger, wenn es nicht administrierte Preiserhöhungen gegeben hätte, etwa durch die Veränderungen im Gesundheitswesen.

Ich bin nicht der Auffassung, dass wir wegen der niedrigen Inflationsrate mit deflationären Entwicklungen zu rechnen haben, zumal ich dies auch ohnehin nur auf den Euro-Raum insgesamt beziehen könnte. Zu einer Deflation gehören nach meiner Überzeugung zwei Aspekte: zum einen ein Rückgang des Preisniveaus, den wir nicht sehen, und zum anderen ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität, den wir auch nicht erwarten.

Frage:

Herr Welteke, Sie haben sich eben noch einmal für Maastricht stark gemacht. Es gibt gegenwärtig eine Debatte darüber, ob das 3 %-Defizitkriterium nicht vielleicht doch zu strikt sei, auch angesichts der neuesten Zahlen der Niederlande und Portugal. Setzt da nicht auch bei der Bundesbank ein Umdenken ein?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Lassen Sie mich noch einmal daran erinnern, wie man seinerzeit auf die 3 % gekommen ist. Als man den Maastrichtvertrag geschlossen hat, war der durchschnittliche Schuldenstand in Europa 60 %. Wenn man nun 3 % Wachstum und 2 % Inflation zu Grunde legt, kommt man auf 5 %. Nimmt man 5 % von 60, dann kommt man auf die 3 %. Und bei einem 3 %igen Defizit bliebe der Schuldenstand dann konstant.

Nun haben wir aber in den letzten Jahren weder 3 % Wachstum noch 2 % Inflation gehabt. Daraus ist die These abzuleiten, dass ein Defizit von 3 % in der gegenwärtigen ökonomischen Lage nicht ausreicht, um die Gesamtverschuldung konstant zu halten. Da wir es in Deutschland aber gleichzeitig mit einer alternden - und in einigen Jahren sogar mit einer sinkenden Bevölkerung - zu tun haben, ist es unvertretbar, wenn der Gesamtschuldenstand weiter ansteigt. Deshalb müssten wir eigentlich eine viel striktere Messlatte anlegen, als es gegenwärtig der Fall ist.

Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sollen auch Konflikte zwischen der Geld- und der Fiskalpolitik vermieden werden. Denn bei ansteigendem Gesamtschuldenstand werden sich Zinsänderungen stärker in den öffentlichen Haushalten niederschlagen. Bei einem Zinsanstieg - ich mache jetzt keine Prognose - würden die Finanzierungsprobleme der öffentlichen Haushalte nur noch größer.

Darüber hinaus sollen auch Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten einer Währungsunion vermieden werden. Einige Mitgliedstaaten erzielen Überschüsse in ihren Primärhaushalten, andere haben erhebliche Defizite. Die daraus resultierenden Risikozuschläge bei den Zinsen müssen aber in einer Währungsunion von allen getragen werden. Das ist auf Dauer problematisch.

Schließlich ist es auch im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung außerordentlich schwierig, die neuen Mitgliedstaaten auf eine solide Fiskalpolitik zu verpflichten - als Eintrittskriterium zur Währungsunion -, wenn die „alten“ Mitgliedstaaten davon abweichen. Aus all diesen Gründen sind wir für eine Beibehaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und entsprechende Anstrengungen, seine Umsetzung zu verbessern.

Frage:

Wäre es nicht richtig, wenn der EZB-Rat denjenigen, die die europäische Verfassung beschließen, einen Formulierungsvorschlag für die Unabhängigkeit der EZB geben würde? Oder worauf wollen Sie zurückgreifen?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Maastricht hat sich bewährt, und man kann die Formulierung des Maastrichter Vertrages an den drei von mir angesprochenen Stellen genau übernehmen. Wir haben im EZB-Rat die gleiche Position verabschiedet und diese auch dem Konvent und der Regierungskonferenz zur Kenntnis gebracht.

Aber dahinter steckt natürlich im Augenblick ein Problem: Willy Brandt hätte gesagt, das sind Petitesse. Vor der historischen Aufgabe der Schaffung einer europäischen Verfassung spielt die Einordnung der Europäischen Zentralbank als Institution „sui generis“ für viele Politiker keine wirklich wichtige Rolle. Und da wir mit der Europäischen Währungsunion und der Unabhängigkeit der EZB und den nationalen Notenbanken die Geldpolitik heute auch entpolitisiert haben, gibt es in der Politik nur wenige, die sich mit der Frage, wie eine Währungsverfassung ausgestaltet werden muss, noch beschäftigen. Ich würde es mir sehr wünschen, aber im Augenblick sehe ich niemanden, der unsere Kritikpunkte aufgreift, die im Übrigen von den Notenbanken europaweit geteilt werden. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen gegenwärtig nur die Abstimmungsregeln im Rat und die Zahl der Kommissare. In diesen Punkten scheint es jetzt einen Fortschritt zu geben, so dass nach meiner Meinung gute Chancen bestehen, unter der irischen Präsidentschaft noch im ersten Halbjahr dieses Jahres die Verfassung zu verabschieden.

Dr. Jürgen Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank:

Es ist völlig richtig, dass mit dem Maastricht-Vertrag eine Entpolitisierung der Geldpolitik erreicht worden ist. Da aber die Wünsche der Bundesbank - auch die des Europäischen Zentralbankrates - nicht aktiv von der Politik aufgenommen werden, lässt sich schon die Vermutung äußern, dass man in Richtung einer Politisierung gehen möchte. Das sollte man nicht einfach übersehen und ernst nehmen. Wenn der Verfassungsvertrag mit der Änderung der Währungsverfassung so bleibt, werden wir am Ende doch eine qualitative Änderung haben.

Frage:

Wenn ich richtig verstanden habe, dann hat die EZB für das Geschäftsjahr 2003 einen Verlust ausgewiesen? Trotzdem haben Sie im Jahresabschluss Erträge aus der Gewinnausschüttung der EZB ausgewiesen. Wie das?

Dr. Hans Georg Fabritius, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank:

Es ist richtig, dass die EZB im Geschäftsjahr 2003 keinen Gewinn gemacht hat. Insofern ist auch für das Geschäftsjahr 2003 nichts an die nationalen Zentralbanken ausgeschüttet worden, d. h. Vorabauschüttungen sind an die EZB zurückgeflossen. Was in der Position in unserem Jahresabschluss noch steht, sind Ausschüttungen der EZB für das Jahr 2002, die in 2003 vereinnahmt wurden.

Noch einmal zur Verdeutlichung: Die EZB hat für 2003 keinen Gewinn gemacht, und deshalb gibt es auch keine Ausschüttungen für 2003 an die nationalen Notenbanken. Im Laufe des Jahres 2003 wurden allerdings vierteljährlich Vorabgewinnausschüttungen der EZB auf erwartete Gewinne für 2003 vorgenommen. Als dann aufgrund der Dollar-Kursentwicklung klar wurde, dass es keinen Gewinn der EZB für das Jahr 2003 gibt, wurden diese Vorabgewinnausschüttungen wieder zurückgeführt. Insofern sind in unserem Geschäftsjahr 2003 in der Gewinn- und Verlustrechnung keine Gewinne aus dem Geschäftsjahr 2003 der EZB enthalten.

Wir haben aber noch weitere Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung und in der Bilanz, die aus den finanziellen Regelungen innerhalb des ESZB-Systems resultieren: Da ist einmal die Verzinsung der TARGET-Verrechnungssalden. Daraus resultieren bei uns sowohl Zinserträge als auch Zinsaufwendungen.

Wir haben darüber hinaus die Verzinsung der Forderung an die EZB aus der Übertragung der Währungsreserven. Diese ist für das Jahr 2003 mit etwa 250 Mio € in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Und wir haben schließlich die Verzinsung aus den Intra-Eurosystem-Verrechnungssalden der Banknoten. Die Verrechnungssalden entstehen dadurch, dass nicht alle Banknoten, die wir emittieren, bei uns in der Bilanz in der Position 1 „Banknotenumlauf“ erscheinen. Ein Teil wird als Verbindlichkeit gegenüber dem ESZB ausgewiesen; das ist ein erheblicher Betrag,

der derzeit bei fast 45 Mrd € liegt. Er ist sehr stark angestiegen, weil der Banknotenumlauf insgesamt stark zugenommen hat. Auf diese Verrechnungssalden zahlen wir Zinsen. Wir haben alle diese genannten Positionen im Geschäftsbericht 2003 detailliert erläutert.

Frage:

Hat sich ihre Konjunktureinschätzung gegenüber früher verändert?

Prof. Dr. Hermann Remsperger, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank:

Ich will mich zunächst auf die deutsche Konjunktur konzentrieren. Wir gehen davon aus, dass es im laufenden Jahr eine leichte Verbesserung geben wird. Wenn ich das in Zahlen packe, dann würde ich im laufenden Jahr eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1 ½ % erwarten. Das ist die Wachstumsrate, die wir für das Jahr 2004 für am wahrscheinlichsten halten.

Man kann leicht feststellen, dass in der Diskussion über die Konjunkturentwicklung zwei Strömungen zu erkennen sind: Die eine Seite begründet, warum wir überhaupt eine Konjunkturverbesserung erwarten. Die andere Seite betont dann sehr stark, warum dies nur eine leichte Konjunkturerholung sein wird.

Wenn ich zunächst auf die erste Seite schaue - warum überhaupt Konjunkturerholung - würde ich unterstreichen, dass es im Unternehmensbereich in den letzten Jahren eine deutliche Umstrukturierung gegeben hat, zum Teil auch mit verbesserten Bilanzen. Darüber hinaus sind die Finanzierungsbedingungen nach wie vor sehr günstig. Man kann hinzufügen, dass die niedrige Inflationsrate wahrscheinlich dazu beitragen wird, den Konsum zumindest zu stützen. Das wesentliche Element aber in unserer Voraussage für eine leichte konjunkturelle Erholung ist die globale Aufwärtsbewegung. Das Bruttoinlandsprodukt - weltweit gesehen - wird deutlich expandieren, und das gilt um so mehr für den Welthandel.

Warum sagen wir aber jetzt zugleich, die Erholung wird in Deutschland nur leicht sein? Hier müssen wir natürlich die Aufwertung des Euro berücksichtigen. Wir sind aber der Auffassung, dass die globale Konjunktur und der Welthandel ein stärkeres Gewicht haben als die Währungskomponente. Darüber hinaus müssen wir ins Bild nehmen, dass in der Bauwirtschaft weiterhin bedauerlicherweise keine Besserung zu sehen ist. Dann kommt die Komponente noch hinzu, die in den letzten Wochen immer wieder thematisiert worden ist,

nämlich der private Konsum. Der private Konsum in Deutschland ist nicht zuletzt wegen der schwachen Arbeitsmarktentwicklung - man könnte aber auch noch andere Einflussfaktoren erwähnen - doch relativ schwach. All dies zusammen genommen sollte begründen, warum wir nur eine leichte Verbesserung sehen.

Frage:

Sie haben im Mai vorigen Jahres die EZB-Strategie evaluiert. Damit sollte die Kommunikation verbessert werden. Ist die Kommunikation wirklich besser geworden mit der neuen Strategie?

Prof. Dr. Hermann Remsperger, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank:

Ich glaube, dass man hier beide Säulen sehen muss. Das heißt: Unsere Vorausschau muss auf der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und nicht zuletzt der Preisentwicklung basieren. Neben den realwirtschaftlichen Strömen müssen wir zugleich auch die monetäre Seite mit berücksichtigen. Die öffentlichen Diskussionen basieren eher auf realwirtschaftlichen Komponenten. Wir müssen aber für eine Projektion über die weitere Entwicklung - gerade über die Entwicklung der Preise - zugleich die Liquiditätssituation mit berücksichtigen. Wir brauchen einen umfassenden Ansatz, der beide Säulen umschließt. Das macht die Kommunikation nicht einfacher, aber ich glaube, wir brauchen diese beiden Säulen.

Frage:

Gibt es bei den Notenbanken Unterschiede in Bezug auf die Notwendigkeit von Goldbeständen für die Währungsreserven? Wie steht die Bundesregierung zu Ihrem Vorschlag zur Substanzerhaltung bei Goldverkäufen?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Da im Rahmen des laufenden Goldabkommens insgesamt 2000 Tonnen Notenbankgold veräußert wurden und daran fast alle goldhaltenden Notenbanken beteiligt sind, können Sie sehen, dass es einen breiten Konsens darüber gibt, dass Gold in diesem Umfang aus Währungsgründen nicht mehr erforderlich ist. Es gibt aber auf der anderen Seite ein Argument, nicht gänzlich auf Gold zu verzichten. Es stellt nämlich einen psychologischen Anker dar. Es ist zudem gar nicht möglich, das Gold, das die Notenbanken halten, in kürzerer Frist zu verkaufen. Die Goldpreise würden ins Bodenlose sinken und damit auch Probleme in den goldproduzierenden Staaten hervorrufen.

Das neue Goldabkommen wird auch von der Europäischen Zentralbank mitgetragen. Daran können Sie sehen, dass es im Rahmen des ESZB Übereinstimmung zu diesen Positionen gibt.

Was die Frage angeht, ob es jemanden aus der Bundesregierung gibt, der unsere Absicht des Substanzerhaltes teilt, verweise ich auf Äußerungen des Bundeskanzlers. Ich kenne auch kein einziges Zitat, wo sich jemand aus der Bundesregierung dagegen ausgesprochen hätte.

Frage:

Was spricht denn dagegen, die Verkaufserlöse an den Staat abzuführen und ihn dadurch bei Zinsen und Tilgung zu entlasten?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wenn wir im vergangenen Jahr Gold verkauft und stille Reserven aufgelöst hätten, würden sie in diesem Jahr über die GuV in den Haushalt des Bundes einfließen. Wenn Sie sich mit älteren Teilen der deutschen Bevölkerung darüber unterhalten, ob das, was in den 50er und 60er Jahren an Goldvermögen geschaffen worden ist, heute verwendet werden soll, um gegenwärtige Ausgaben zu finanzieren, dann werden Sie hierfür eine klare Aussage bekommen. Und natürlich kann man sich vieles vorstellen, wofür die Erlöse ausgegeben werden können. Aber die Substanz muss erhalten bleiben. Und auch wenn der Golderlös in den Erblastentilgungsfonds einfließt, werden damit neue Verschuldungsspielräume eröffnet. Schauen Sie sich die Verwendung von Einmaleinnahmen von Privatisierungen in der Vergangenheit an, wenn sie in den Haushalt geflossen sind oder zur Schuldentilgung verwandt worden sind.

Die großen Privatisierungserlöse aus den VW-Werken oder dem Salzgitterkonzern sind im Übrigen in Stiftungen geflossen, und die Vermögenssubstanz dieses öffentlichen Vermögens ist erhalten worden.

Frage:

Wie ist Ihre Einschätzung zur Konjunktur im Euro-Raum? Hat sie sich verschlechtert, verbessert oder ist sie gleich geblieben?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Die Konjunktur im Euro-Raum ist etwas schwächer als zu Beginn des Jahres. Der Ifo-Index und auch der starke Anstieg des Dollars zu Beginn des Jahres hat viele nicht unbeeindruckt gelassen. Wir halten aber nach wie vor an einem positiven wirtschaftlichen Wachstum in diesem Jahr fest, wenn es auch nicht so deutlich sein wird, wie wir uns das zu Beginn des Jahres gewünscht hätten.

Frage:

Ich habe heute gelesen, dass sich die Bundesbank angeblich dafür einsetzt, dass große deutsche Banken nicht von ausländischen Instituten übernommen werden. Ist das für Deutschland vorteilhaft?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wir sind in erster Linie an einem stabilen und funktionsfähigen Finanzsystem interessiert, weil das die notwendige Voraussetzung für das Funktionieren der Geldpolitik und der Stabilitätspolitik ist. Es gibt derzeit zahlreiche Diskussionen und Spekulationen zu Fusionen und Übernahmen von Banken und den damit verbundenen Vor- und Nachteilen. Die Deutsche Bundesbank kann eine Entwicklung in der ein oder anderen Richtung aber weder fördern noch verhindern.

Frage:

Zum Thema Erweiterung des Währungsraumes: Wann denken Sie, dass die Länder reif für den Eintritt in die EWU sind?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Die Frage kann man nicht pauschal beantworten, man muss sich jedes Land einzeln anschauen und prüfen. Wenn man sich die drei großen Länder Ungarn, Polen und Tschechien anschaut, gibt es Signale, einen Beitritt zum EWS II – dies ist eine Voraussetzung für den EWU-Beitritt - auf absehbare Zeit noch nicht anzustreben. Sie möchten zunächst ihre Haushaltsprobleme lösen und ihre Zahlungsbilanz verbessern. Es gibt einige kleinere Länder, z. B. Estland, wo die Frage des Beitritts zum EWS II wahrscheinlich noch in diesem Sommer ansteht und die die Einführung des Euro im Jahr 2006 anstreben.

Ich glaube, dass die ersten Länder 2006 oder 2007 dabei sein werden. Die anderen werden noch etwas länger warten. Es ist sowohl im Interesse der jeweiligen Beitrittsländer als auch im Interesse der Europäischen Währungsunion, dass die wirtschaftliche Angleichung möglichst weit vorangeschritten ist.

Frage:

Die Bundesbank hat bereits im letzten Jahr Währungsreserven abgebaut. Wieviel genau hat man abgebaut und hat dies vielleicht auch den Euro gestärkt?

Dr. Hans Georg Fabritius, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank:

Wir hatten einen Rückgang des Euro-Gegenwertes der Dollar-Netto-Position um rund 7,7 Mrd € zu verzeichnen. Dazu hat zum einen ein Rückgang des Dollarbestands im Gegenwert von 1,7 Mrd € beigetragen. Der große Teil ist jedoch auf Veränderungen aufgrund des Dollarkursrückgangs zurückzuführen. Die Bewertungsverluste beim US-Dollar in Höhe von 3,8 Mrd € wurden teilweise kompensiert durch die Auflösung des am Jahresende noch bestehenden Neubewertungspostens für US-Dollar von 2,1 Mrd €. Im Ergebnis hat sich so für die US-Dollar-Position aus Bewertungsverlusten ein Nettoaufwand von 1,7 Mrd € ergeben.

Frage:

Ist es richtig, dass bei der Prognose eines Wirtschaftswachstums von 1,5 % in diesem Jahr ein schwacher Binnenkonsum und eine weitere starke wirtschaftliche Entwicklung in den USA vorausgesetzt ist?

Prof. Dr. Hermann Remsperger, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank:

Wir haben bei dieser Prognose unterstellt, dass das US-Wachstum im laufenden Jahr erneut kräftig sein wird. In dieser Prognose stecken aber auch Risiken. Zum einen können wir im Hinblick auf die amerikanische Entwicklung nicht so sicher sein. Zum anderen muss darauf hingewiesen werden, dass bei einer im Vergleich zum Euroraum oder Deutschland erheblich stärkeren amerikanischen Konjunktur die globalen Ungleichgewichte hoch bleiben werden. Was den privaten Konsum betrifft, so sehen wir trotz der verschiedenen negativen Einflussfaktoren noch ein kleines Plus.

Frage:

Welchen Einfluss werden die Anschläge in Madrid auf die deutsche Wirtschaft und auf die Wirtschaft im Euro-Raum haben?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Das kann man nur sehr schwer einschätzen. Die Auswirkungen sind wahrscheinlich zunächst regional begrenzt und werden sich möglicherweise auf den Tourismus auswirken. Die öffentlichen Aufwendungen für Sicherheit werden steigen, und auch die psychologischen Auswirkungen sind nicht zu vernachlässigen. Das kann auch die Stimmungslage beeinflussen. Inwieweit sich das auf die weltwirtschaftliche Entwicklung auswirkt, ist schwer zu prognostizieren.